

Jahresbericht 2023

der Gruppe 1191/1529 „Lateinamerika-Gruppe“

Im vergangenen Jahr hieß es in diesem Bericht: *Beherrschendes Thema dieses Jahres ist – nicht nur im Amnesty-Kontext – der Krieg Russlands gegen die Ukraine; in den letzten Monaten ist ein weiteres Schreckensszenario dazugekommen, die Proteste im Iran und die menschenverachtende Reaktion des Mullahregimes.*

Diese Konflikte dauern an. Die Unterstützung der Ukraine bekommt in der Politik erste Risse. Iranische Menschenrechtlerinnen werden geehrt, **Narges Mohammadi** mit dem Friedensnobelpreis, **Jian Mahsa Amini** mit dem Sakharov-Preis des Europaparlaments. Neue Konflikte sind hinzugekommen wie der **Krieg im Nahen Osten**. Die Gegensätze zwischen der israelischen Regierung und den Palästinensern hatten sich in den letzten Jahren, besonders im Westjordanland, zugespitzt. Am 7. Oktober erfolgte der unmenschliche Terrorangriff der Hamas auf Israel, zwangsläufig gefolgt von der gewaltsamen Gegenreaktion des israelischen Staates, der eine noch nicht absehbare Zahl von Menschen zum Opfer fallen. Gerade in Deutschland, das an der historischen Schuld gegenüber den Juden trägt, gibt es eine breite Unterstützung für die Selbstverteidigung Israels. Aber auch die **humanitäre Katastrophe** im Gazastreifen wird immer dramatischer. Sie können sich der Petition von Amnesty anschließen, die alle Parteien zu einem sofortigen Waffenstillstand aufruft, um das Blutvergießen unter der Zivilbevölkerung zu beenden und den Zugang von humanitärer Hilfe nach Gaza zu gewährleisten:

<https://www.amnesty.de/mitmachen/petition/israel-gaza-waffenstillstand-zwischen-allen-konfliktparteien>

Das Völkerrecht ist erschüttert, gerade deshalb müssen wir daran arbeiten, dass das Recht wieder zur Geltung kommt. Und wir dürfen nicht vergessen, dass es auch positive Entwicklungen gibt.

Kolumbien

An die Präsidentschaft von Gustavo Petro hatten sich **große Hoffnungen** geknüpft. Er hat im Mai 2022 die Wahlen gewonnen. Petro war in den Achtziger Jahren Mitglied der Guerilla-Gruppe M19 gewesen, hatte dann aber den parlamentarischen Weg gewählt und wurde 2012 Bürgermeister von Bogotá. Er hatte zugesagt, den Friedensprozess proaktiv fortzusetzen unter dem Motto „Paz Total“. Es ist ihm gelungen, zu einigen bewaffneten Gruppen **Friedensgespräche** aufzunehmen, sowohl mit linken Rebellen als auch mit paramilitärischen Gruppen. Am weitesten sind die Gespräche mit dem ELN („Ejército de Liberación Nacional“), der wichtigsten Guerilla-Organisation, gediehen. Gestört werden die Verhandlungen oft dadurch, dass Teilgruppierungen des ELN sich nicht an die vereinbarte Waffenruhe halten. Mit der FARC war bereits 2016 ein Friedensvertrag unterzeichnet worden; auch hier waren einige Teile der Bewegung mit der Umsetzung des Vertrages nicht einverstanden und hatten sich wieder dem bewaffneten Kampf gewidmet. Allerdings gibt es seit September wieder ernsthafte Verhandlungen.

Mit dem paramilitärischen „Clan del Golfo“ wurde Anfang des Jahres ein Waffenstillstand verkündet, der aber zwei Monate später wieder aufgekündigt wurde. Der Clan ist der wichtigste Spieler im **Drogengeschäft** im Verbund mit dem mexikanischen Sinaloa-Kartell. Nach dem Rückzug der FARC und dem teilweisen Rückzug des Militärs streiten sich Paramilitärs und Guerilla um die (GS: bitte irgendwie umformulieren) Drogenpfründen im Kampf gegeneinander und gegen die ansässige Bevölkerung.

Die Zahl der Toten ist dadurch nicht gesunken. Insbesondere Menschenrechtsaktivisten leiden darunter; im ersten Halbjahr gab es etwa **100 politische Morde**.

Im Rahmen des „Paz Total“ treibt Präsident Petro auch einige Reformen voran, mit unterschiedlichem Erfolg. Im Zuge der Landreform hat die Regierung große Flächen aufgekauft, um sie den Kleinbauern zur Verfügung zu stellen. Die **Friedensgemeinde San José de Apartadó**, mit der wir in Kontakt stehen, berichtet aber, dass die dafür zuständige Kommission ihr eher Steine in den Weg lege. In ihrer Region scheint auch die Komplizenschaft zwischen dem Clan del Golfo und der lokalen Militärbrigade weiter zu bestehen.

Petros **Gesundheitsreform** mit einer Stärkung des öffentlichen Gesundheitswesens stieß auf Widerstand, konnte aber durchgesetzt werden. Mit dem Preis, dass die Koalition Petros mit einigen Mitte-Rechts-Parteien auseinanderbrach und deren Minister entlassen wurden. Sein Rückhalt bröckelt also. Das wurde auch deutlich bei den Kommunal- und Regionalwahlen im Herbst, bei denen seine **Partei deutliche Verluste** hinnehmen musste. Ein weiteres Problem für Petro ist sein Sohn Nicolas (ähnlich wie Präsident Biden). Dieser hatte 2022 beträchtliche Wahlspenden aus dubiosen Quellen entgegengenommen und in die eigene Tasche gesteckt, aber den Eindruck erweckt Petro hätte davon Kenntnis gehabt.

Erklärtes Ziel der Regierung ist es, den **Drogenanbau** zu minimieren – was aber nur erfolgreich sein kann, wenn den Bauern und Bäuerinnen existenzsichernde Alternativen angeboten werden können. Ebenso soll die Ausbeutung fossiler Bodenschätze reduziert werden; Fakt ist aber, dass in Folge des Ukrainekriegs die Nachfrage nach **kolumbianischer Kohle** gestiegen ist; ein Sechstel der deutschen Importe kommt von dort, im Wesentlichen aus dem Tagebau „El Cerejón“ des schweizerischen Glencore-Konzerns mit dramatischen Folgen für die Umwelt und die lokale Waiju-Bevölkerung.

Petro hat wieder politische Beziehungen zu Venezuela aufgenommen. Gleichzeitig befinden sich aber noch ca. 2,5 Millionen **venezolanische Flüchtlinge** im Land, ein riesiges Problem für die kolumbianische Infrastruktur. Dazu kommen mehr als 7 Millionen



Binnenvertriebene, die wegen Landstreitigkeiten oft in die großen Städte gezogen sind.

In den Jahren der Präsidentschaft von Alvaro Uribe hatte es zwischen 2002 und 2006 zahlreiche Morde des Militärs an der Zivilbevölkerung gegeben.

Normale Bürger wurden ermordet und als Guerilleros deklariert, die „falsos Positivos“. Inzwischen wird auch diese Kapitel aufgearbeitet. Etliche Militärs stehen wegen dieser Gräueltaten vor Gericht, darunter der damals zuständige Chef des Generalstabs Montoya. Eine Anklage gegen Alvaro

Uribe ist vorgesehen. Im Herbst waren die **„Madres de falsos Positivos“** (MAFAPO) im Zuge einer Promotionsreise u.a. in **Aachen**, wo sie über ihre Bemühungen zur juristischen Aufarbeitung und nicht zuletzt zur Identifikation der Leichen ihrer Söhne berichteten. (im Bild Rubiela Giraldo Valencia und Jaqueline Castillo Peña)

Kuba

Auf Kuba sind nach wie vor Hunderte Menschen inhaftiert, weil sie an den landesweiten Protesten vom 11. Juli 2021 teilgenommen hatten. Die kubanische Justiz ist nicht unabhängig und segnet routinemäßig politisch motivierte Anklagen ab, ohne die Verfahrensrechte der Angeklagten zu achten.

José Daniel Ferrer García, Vorsitzender der Oppositionsgruppe Unión Patriótica de Cuba, wurde am 11. Juli 2021 in Verbindung mit landesweiten Protesten festgenommen. Seiner Familie zufolge befindet er sich seit dem 14. August 2021 in Einzelhaft. Seit dem 17. März 2023 wird er ohne Kontakt zur Außenwelt festgehalten.

Unsere Aktivitäten

„Klimagerechtigkeit jetzt!“

Auf dem Markt in Brand informierten am 15. April wir über die Gefährdung des Amazonas-Regenwaldes und der Menschen, die dort leben. Zum Beispiel über Jani Silva, eine Vertreterin der Kleinbäuerinnen im kolumbianischen Regenwald der Region Putumayo. Dort gibt es Gold, Öl und Coltan, das interessierte Gruppen ausbeuten wollen. Die dortige Bevölkerung würde dadurch ihrer Lebensgrundlagen beraubt. Jani hat sich mit ihrem Kampf für dieses Ökosystem mächtige Feinde gemacht. Immer wieder drohen Unbekannte, sie umzubringen.

Christopher-Street-Day in Aachen und in Heinsberg

Wir waren mit Infoständen vertreten, haben Unterschriften zum Schutz verfolgter QUEER Menschen in Afrika gesammelt.

CampusRUN

Wie jedes Jahr, fand der Spendenlauf der Gruppe „Aachen hat Ausdauer“ für Amnesty am 20. August statt, wobei thematisch die Situation im Iran im Vordergrund stand.

Tag der Kulturen in Würselen

Hier informierten wir am 10. September über die aktuelle Lage in El Salvador und im Iran. Ifa Abzadi sang dort für uns auf der Bühne die charismatische Hymne der iranischen Revolution „Baraye“ (YouTube-Video https://www.youtube.com/watch?v=8UVqjNolt_U).

Cities for Life

ist eine öffentliche Aktion der Städte, die sich zum 30. 11. gegen die Todesstrafe aussprechen. Leider konnten wir in diesem Jahr keine Einigkeit mit der Stadt Aachen über die Durchführung dieser Aktion erzielen.

Tag der Menschenrechte

Am 10. Dezember gab es eine Mahnwache unter dem Motto „Protect the Protest“. Wir haben die Passanten aufgefordert, ihre Argumente zur Berechtigung und Notwendigkeit von Protest auf eine Tafel zu schreiben.

Internet-Seite

Unsere Gruppe hat jetzt auch eine Internetseite: www.Amnesty-Lateinamerikagruppe-Aachen.de



Besuchen Sie uns mal!